

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Eschweiler

Haushaltsrede des Fraktionssprechers Dietmar Widell zum Haushaltsplanentwurf 2026 in der Ratssitzung am 06.05.2026

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Anwesende,

die diesjährige Haushaltsrede könnte ziemlich kurz sein, denn in dem Zahlenwust gibt es nicht viel Positives oder Kreatives zu berichten.

Umlagen an die StädteRegion und für den ÖPNV, für das Krankenhaus,
Gewerbsteuerumlage von den eingenommenen Gewerbesteuern.

Schlüsselzuweisungen des Landes, berechnet nach den Gewerbesteuern aus dem vorletzten Jahr.

Wir wissen seit vielen Jahren, dass wir nach einem guten Einnahmejahr danach bald weniger Schlüsselzuweisungen bekommen und jammern trotzdem immer wieder völlig überrascht.

Anteile der Kommunen von Einkommensteueraufkommen und Mehrwertsteueraufkommen auf Bundesebene.

Übernahme von Anliegerbeiträgen für Straßenausbau durch das Land, Zuweisungen vom Land für Kindergärten, Sozialausgaben und Migrationsaufgaben.

Förderprogramme, die nicht passen oder so kurzfristig zu bearbeiten sind oder so kompliziert sind, dass die nicht in Anspruch genommen werden können.

Zuweisungen für viele verschiedene Ausgaben, die vorher als Aufgaben an die Stadt delegiert wurden, aber nicht kostendeckend sind, da behalten nur wenige Profis aus der Kämmerei noch den Überblick.

Da bleibt als erster Anhaltspunkt für Überlegungen das berechnete Haushaltsdefizit am Ende des geplanten Haushaltsjahres und das Ergebnis des letzten Haushaltsjahres. Und dann setzt Ernüchterung ein bezüglich politischer Gestaltungsfreiheit in den Finanzen.

Eigentlich geht es in diesem Jahr viel mehr um Sparen und nicht um Gestaltung. Deshalb geht es auch eher weniger um eine Zustimmung zu einem politisch gewollten Haushalt als um die Vermeidung der vorläufigen Haushaltsführung.

Mit der vorläufigen Haushaltsführung ist kaum jemanden geholfen. Für viele freiwilligen Leistungen würde eine Auszahlung häufig von der Zustimmung der Kommunalaufsicht abhängig werden.

Wir haben in den Haushaltsberatungen gemerkt, die Suche nach Einsparmöglichkeiten hat etwas gebracht, aber der große Wurf konnte nicht dabei rumkommen, weil fast alle großen Posten durch Gesetze und Verordnungen von Bund oder Land vorgegeben sind.

Manche Fraktionen haben zwar großartige Vorschläge angekündigt, aber keinen einzigen in die Beratungen eingebracht.

Wer keinen eigenen Vorschlag einbringt und viele Vorschläge ablehnt brüllt anschließend am lautesten von Steuerverschwendung. Wir können bei den Investitionen in städtische Immobilien oder Straßen sparen, was aber dazu führen kann, dass es nachher noch teurer wird.

Wir haben als Grüne-Fraktion trotzdem in einigen dieser Punkte mitgestimmt, weil die Möglichkeiten begrenzt sind. Aber die andere Seite vom Sparen ist die Erhöhung der Einnahmen.

Hier haben wir ein ernsthaftes Problem: Die Politik wartet auf die Vorschläge der Verwaltung, die Verwaltung wartet auf die Vorschläge der Politik. Den Ball schön wieder rüber über das Netz, politisches Ping Pong bei den Finanzen im Ratssaal.

Bei der Erhöhung der Grundsteuer B haben wir das erlebt. Nach einer Neuordnung der Berechnungsgrundlagen aufgrund eines Richterspruches und einer neuen Berechnungsgrundlage auch durch das Land, führte dies zu einer Empfehlung des Landes für eine Erhöhung der

Grundsteuer B auf 1156 Punkte.

Aber ganz viele von denen, die die vorgeschlagenen 895 Punkte der Koalition dann als überhöht verteufelt haben und einen noch niedrigeren Satz haben wollten, viel Unruhe heraufbeschworen haben, die oft weit über die üblichen verbalen Streitigkeiten und Attacken hinaus gingen, die haben jetzt entdeckt, dass man uns beschimpfen kann, weil wir nicht auf die vom Land vorgeschriebene Höhe angesetzt haben und die Haushaltslage jetzt so verfahren ist.

Die Vorschläge, die die Verwaltung für die nächsten drei Jahre 2027 bis 2029 jetzt gemacht hat, bringt uns in 2029 etwa in die Höhe des Vorschlages des Landes, aber dies wird zur Haushaltsführung ohne Haushaltssicherungskonzept nicht reichen und ob wir überhaupt auf absehbare Dauer die Vorgaben für ein Haushaltssicherungskonzept erreichen, wissen wir auch nicht.

Da geht es wieder los, die Verwaltung wartet auf einen höheren Vorschlag aus der Politik für die Grundersteuerverhöhungen und die Politik wartet auf einen höheren Vorschlag der Verwaltung.

Gestaltungswillen sieht anders aus, Verantwortung auch, besonders bei denen, die immer nur ablehnen und schimpfen und verunglimpfen.

Wir haben als Grüne-Fraktion zwei Möglichkeiten für Einnahmeerhöhungen vorgeschlagen in Bereichen, in denen seit über 20 Jahren keine Erhöhungen mehr beschlossen wurden, obwohl die Inflation die Einnahmen real enorm schrumpfen ließ.

Bei der Erhöhung der Hundesteuer haben wir an den Inflationsausgleich und die Kostensteigerungen der Stadt gedacht, Freude bereitet dieser Vorschlag nicht.

Bei den Parkgebühren haben wir zusätzlich an die Verkehrswende gedacht.

Aber der politische Mut und der Drang zum Gestaltungswillen ließ die Mehrheit sofort wieder klein einknicken, dabei ging es bei der Erhöhung für 15 Minuten parken um 5 Cent Erhöhung nach über 20 Jahren. Bei den anderen Parkzeiten prozentual auch meist nicht mehr.

Geht nicht, mit den Autofahrern legt sich niemand an.

Oder fast niemand.

Dabei wird das Innenstadt-Parken für die Autofahrer*innen tatsächlich von Jahr zu Jahr günstiger, weil die Stadt mehr als zwei Jahrzehnte lang großzügig auf jegliche inflationsbegründete Gebührenanpassung verzichtet hat – und trotz steigender eigener Kosten offenbar auch weiterhin verzichten möchte.

Die Folgen kann man im Teilergebnisplan “Verkehrsangelegenheiten und Parkraumbewirtschaftung“ nachlesen: Hatte die Verwaltung hier für 2025 noch ein Jahresergebnis von plus 110.000 Euro angesetzt, so geht sie für 2026 bereits von einem Minus von 136.000 Euro aus. Und dieses Minus wird sich bis 2029 auf 242.000 Euro vergrößern.

Minus 242.000 Euro!

Zum Vergleich: 2018 warf die Parkraumbewirtschaftung noch rund 726.000 Euro ab.

Um es klar zu sagen: Jahrzehntelanger Verzicht auf moderate Anpassungen nicht nur beim Parken, sondern auch bei einigen anderen Steuern, Entgelten und Gebühren ist hausgemachte Fehlwirtschaft, der unsere Fraktion nun mit ersten Vorschlägen entgegenwirken wollte.

Von der Hundesteuer bis hin zur Vergnügungssteuer gehört vieles auf den Prüfstand. Denn es wird wider alle wirtschaftliche Vernunft auf Einnahmen verzichtet. Diese Einnahmen fehlen uns am Ende bei den freiwilligen Leistungen für die Vereine, für die sozialen Organisationen, für Kinder, Jugend oder Kultur.

Da wird zwar von einer Erhöhung der Bußgelder gesprochen, aber beantragt wird das nicht. Nur bei den reinen Geschwindigkeitsüberschreitungen haben wir beschlossen, weil es unübersehbar um Verkehrssicherheit geht, die Verwaltung prüfen zu lassen, vielleicht zwei Messgeräte zu bestellen.

Gespart werden sollte laut CDU-Antrag hingegen bei der Subventionierung des City-Tickets, dass es in Eschweiler ermöglicht, ohne digitale Applikation preiswerter Bus zu fahren.

Nicht sparen, sondern subventionieren will die Mehrheit ohne Diskussion bei der digitalen Abrechnung über das eazy-Ticket.

Sparvorschläge am einfachsten da, wo bei den Betroffenen wenig Widerspruch erwartet wird.

Neben Forderungen an Bund und Land, wir müssen uns überlegen, wo wir auf der Einnahmeseite Verbesserungen im angemessenen Rahmen erreichen können, ohne nur bei Minderheiten anzusetzen.

Wir haben auch dem Vorschlag eines, gefühlten 85sten Appells an Bund und Land zugestimmt, die Kosten für die Aufgaben zu übernehmen, die sie an uns delegiert haben.

Gefühlt ist das wie die Appelle an die motorisierten Verkehrsteilnehmer, nicht auf Gehwegen, nicht auf Radwegen zu parken und nicht mit dem Auto bis vor die Eingangstüren von Kindergärten und Schulen zu fahren.

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen, weil wir es in diesem Haushaltsjahr versäumen, neben den Sparvorschlägen auf der Ausgabeseite, die Einnahmeseite angemessen etwas zu verbessern. Und bei den Haushaltsberatungen mit den Angaben für die mittelfristigen Finanzplanung wurden auch keine Vorschläge unterbreitet.

Wie wir der Zahlungsunfähigkeit unserer Stadt entgegenwirken wollen, ist so in diesem Entwurf für 2026 nicht zu erkennen.